

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

10. Februar 2014

Afghanistan

Aktueller Fortschrittsbericht

Der neue Fortschrittsbericht Afghanistan der Bundesregierung befasst sich mit den Themen innere Sicherheit, Regierungsführung und Entwicklung des Landes.

Hinsichtlich der Sicherheit stellt der Bericht fest, dass es weiterhin deutliche regionale Unterschiede gibt. Die Sicherheitslage wird in fünf Stufen unterteilt, von „kontrollierbarer Sicherheitslage“ bis „nicht kontrollierbarer Sicherheitslage“. Nach Auffassung der Bundesregierung ist zumindest in den Bevölkerungszentren und entlang der bedeutsamen Verkehrswege von einer „ausreichend kontrollierbaren Sicherheitslage“ auszugehen. Dies entspricht der Stufe Drei und bedeutet, dass die Bedrohungen dort eine Beeinträchtigung der Bewegungs- und Handlungsfreiheit der Bevölkerung, der Regierung und von Vertretern der internationalen Gemeinschaft darstellen. Dies könne eine räumlich und zeitlich begrenzte Verschlechterung der Sicherheitslage einschließen. Die Autorität der Verwaltungs- und Regierungsstrukturen werde dort weiterhin grundsätzlich anerkannt. In diesen Gebieten lebten rund 80 % der Bevölkerung. In der Hauptstadt Kabul ist die Sicherheitslage überwiegend kontrollierbar (Zweitbeste Stufe: Bewegungs- und Handlungsfreiheit sind nur gering eingeschränkt, Verschlechterungen der Lage sind räumlich und zeitlich eng begrenzt, Autorität der Regierung ist gegeben). Insbesondere in den ländlichen Gebieten der östlichen Grenzprovinzen sowie in den traditionellen Kernräumen der Regierungsgegner (Taliban etc.) im Süden bestünden jedoch weiterhin erhebliche bis hohe Bedrohungspotenziale. (Zu Opferzahlenangaben des Konflikts vgl. BN v. 20.01.14).

Zur Regierungsführung wird festgestellt, dass Korruption nach wie vor das größte Problem ist. Bei deren Bekämpfung gibt es kaum Fortschritte. Laut des Korruptionsindexes von Transparency International gehört Afghanistan mit Somalia und Nord-Korea auch 2013 zu den korruptesten Ländern.

Die Menschenrechtslage bleibt schwierig, insbesondere die Lage der Frauen. Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor verbreitet. In 90 % aller Fälle findet diese im familiären Umfeld statt.

Die Wirtschaft steht 2014 vor besonderen Herausforderungen. Es gab zwar deutliche Fortschritte beim Wiederaufbau, das Bruttonationaleinkommen, der Zugang zu Wasser und Strom, ärztlicher Versorgung und Bildung haben sich in den letzten Jahren verbessert. Probleme werden auf dem Arbeitsmarkt erwartet, da mit dem Abzug der internationalen Truppen bis zu 80.000 Personen ihren Arbeitsplatz bei ISAF verlieren könnten. Zusätzlich drängen ca. 400.000 junge Menschen jährlich neu auf den Arbeitsmarkt.

Im Gesundheitsbereich bleibt Afghanistan eines der rückständigsten Länder weltweit.

UN-Bericht zum Schutz der Zivilbevölkerung

Nach Angaben der Vereinten Nationen kamen 2013 so viele Zivilisten wie nie zuvor seit Beginn des Konfliktes ums Leben. Vergangenes Jahr sind 2.959 getötete und 5.656 verletzte Zivilisten registriert worden, die Zahl der verletzten und getöteten Zivilisten stieg gegenüber 2012 um 14 %.

Neues Strafprozessrecht

Das Parlament hat eine neue Strafprozessordnung beschlossen, die nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen Frauen nicht ausreichend schützt. Das noch vom Präsidenten zu unterzeichnende Gesetz verbietet die Zeugenbefragung von Verwandten. Die Strafverfolgung von häuslicher Gewalt, Zwangsehen oder Verheiratung von Minderjährigen wird dadurch behindert. Menschenrechtsaktivisten appellierten an Präsident Karzai, das Gesetz nicht zu unterzeichnen.

Irak

Sicherheitslage

Auch in der vergangenen Woche kam es täglich zu Anschlägen. Nach der Zählung von Iraq Body Count liegt die Zahl der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung im Februar (Stand: 08.02.14) bei 238.

Lage in der Provinz Anbar

Nach Angaben von UNAMI sind nahezu 45.000 Familien, rund 250.000 Zivilisten, aus den Städten Falluja und Ramadi geflohen. Tausende Flüchtlinge sollen von jeglicher Hilfe abgeschnitten sein. Berichtet wird zudem von Lebensmittel- und Wassermangel sowie einer schnellen Verschlechterung der medizinischen Versorgung. Die Regierung soll zahlreiche Straßen nach Falluja und Ramadi gesperrt haben, mehrere Brücken seien zerstört worden. Insgesamt gibt es kaum detaillierte und verlässliche Erkenntnisse über die Verhältnisse in der Provinz Anbar.

Misshandlung von Frauen

Laut der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch werden derzeit über 4.500 Frauen, meist Sunnitinnen, in Gefängnissen illegal festgehalten, gefoltert und misshandelt. Sie seien oft nicht wegen eigener Verbrechen inhaftiert, sondern würden häufig zu männlichen Angehörigen befragt, die der Unterstützung militanter Gruppen verdächtig seien. Das irakische Menschenrechtsministerium erklärte, es handele sich um Einzelfälle. Im Übrigen werde weiter daran gearbeitet, etwaige Übergriffe in Gefängnissen zu bekämpfen.

Pakistan

Sicherheitslage

Bei einem Selbstmordanschlag auf Schiiten in der nordwestpakistanischen Stadt Peshawar wurden am 04.02.14 acht Menschen getötet und 42 verletzt.

Verhandlungen mit Taliban

Vertreter der pakistanischen Regierung und der pakistanischen Taliban haben am 06.02.14 Friedensgespräche aufgenommen. Sowohl Regierung als auch Taliban riefen zu einer Waffenruhe auf. Darüber hinaus hat die US-Armee auf Bitten der pakistanischen Regierung die Zahl ihrer Drohnenangriffe gesenkt. In Pakistan selbst sollen nach Angaben der USA seit Dezember keine Drohnenangriffe mehr ausgeführt worden sein.

Syrien

Homs mit Hilfslieferungen versorgt; Menschen evakuiert

Nachdem sich beide Bürgerkriegsparteien unter Vermittlung der Vereinten Nationen am 06.02.14 auf eine dreitägige Waffenruhe bis zum 10.02.14 geeinigt hatten, wurden ab dem 07.02.14 Hunderte Menschen aus der belagerten Stadt Homs gebracht (die Angaben schwanken zwischen 420 und 600). Trotz der Waffenruhe wurden die Hilfskonvois beschossen, die ab dem 08.02.14 die in Homs verbliebenen ca. 2.500 Einwohner mit Lebensmitteln versorgten. Vertreter der Regierung und der Aufständischen beschuldigten sich gegenseitig, die Waffenruhe gebrochen zu haben.

Syrien-Verhandlungen in Genf werden fortgesetzt

Am 10.02.14 werden die Verhandlungen über ein Ende des Bürgerkriegs zwischen Regierung und Opposition in Genf mit verhaltenem Optimismus fortgesetzt.

Kämpfe gehen weiter

Islamistische Kämpfer, die eine Offensive gestartet hatten, um die Versorgungswege von Damaskus in den Norden des Landes abzuschneiden, eroberten nach Angaben der oppositionellen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 09.02.14 ein alawitisches Dorf in der Provinz Hama und töteten in der Ortschaft Maan 25 Personen, vor allem Mitglieder einer Miliz, die Staatschef Bashar al-Assad unterstützt.

Al-Qaida distanziert sich von ISIS

Al-Qaida Chef Zawahiri distanzierte sich am 03.02.14 von der in Syrien aktiven Gruppierung Islamischer Staat im Irak und Syrien (ISIS) bzw. Islamischer Staat im Irak und der Levante (ISIL), die sich in der letzten Zeit schwere Kämpfe mit anderen Aufständischen geliefert hatte. Die vom Iraker Abu Bakr al-Bagdadi geführte Organisation kontrolliert Teile der erdölreichen Provinz ar-Raqqa in Syrien sowie Gebiete im angrenzenden Irak. Experten sehen in der Erklärung den Versuch, der Extremistenorganisation Jabhat al-Nusra (al-Nusra-Front) als offiziellem Ableger der al-Qaida mehr Gewicht unter den zersplitterten Rebellengruppen in Syrien zu verschaffen. Zudem wolle al-Qaida die Kräfte der islamistischen Rebellengruppen im Kampf gegen den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad bündeln anstatt sie durch Gefechte untereinander zu schwächen.

Ägypten

16 Tote auf dem Sinai

Bei einem Einsatz gegen extremistische Islamisten auf der Halbinsel Sinai nahe der Grenze zum Gaza-Streifen töteten die ägyptischen Streitkräfte am 07.02.14 eigenen Angaben zufolge 16 Islamisten. Im Norden des Sinais verübt die extremistische Organisation Ansar Bayt al-Maqdis, die der Hamas und der al-Qaida nahe stehen soll, immer wieder Anschläge gegen die ägyptischen Sicherheitskräfte.

Tunesien

Erfolge der Sicherheitskräfte

Am 04.02.14 wurde nach Angaben des Innenministers bei einem Einsatz der Nationalgarde in Tunis der mutmaßliche Mörder des prominenten Oppositionellen Chokri Belaid getötet. Die Sicherheitskräfte hätten dabei insgesamt "sieben schwer bewaffnete Terroristen" getötet. Unter ihnen sei Kamel Gadhgadhi gewesen, der verdächtigt wurde, Belaid im Februar 2013 getötet zu haben. Durch den Mord wurde damals eine schwere innenpolitische Krise ausgelöst. Das tunesische Innenministerium veröffentlichte Bilder aus dem Innern des bei dem Einsatz umkämpften Hauses, voll mit Waffen und Sprengstoff. Gadhgadhi selbst habe zudem einen Sprengstoffgürtel getragen.

Am 09.02.14 wurden zudem bei einem Anti-Terror-Einsatz in Ariana nahe der Hauptstadt Tunis vier Personen festgenommen. Unter ihnen soll sich Ahmed al Melki befinden, der verdächtigt wird, an der Ermordung des tunesischen Oppositionspolitikers Mohamed Brahmi im Juli 2013 beteiligt gewesen zu sein.

Nigeria

Viele Tote bei Überfällen auf Dörfer in den Bundesstaaten Plateau und Kaduna

Am 06.02.14 griffen mutmaßliche Fulani (Ethnie in Nigeria) gegen zwei Uhr nachts im zentralnigerianischen Bundesstaat Plateau das Dorf Mavo (Wase Local Government Area, LGA) an. Sie töteten 22 ethnische Taroh (Tarok) und brannten etwa 10 Häuser nieder.

Am 04.02.14 hatten vermutlich Angehörige einer Fulani-Miliz in Plateau die Dörfer Dajak und Atakar (Riyom LGA) attackiert. Sie töteten 30 Personen (in Dajak 19, in Atakar 11). Über 50 Häuser wurden abgebrannt.

Im benachbarten Bundesstaat Kaduna griffen in der Nacht vom 03. zum 04.02.14 mutmaßliche Angehörige einer Fulani-Miliz die Dörfer Zangang und Mayit (Kaura LGA) an. 22 Menschen starben, darunter ein Polizist und ein Soldat.

Bereits Mitte Januar 14 hatten mutmaßliche Fulani in Plateau das Dorf Shonong (Riyom LGA) angegriffen und 23 Menschen getötet.

In der Region kommt es wegen Landstreitigkeiten seit mehreren Jahren immer wieder zu Angriffen von meist muslimischen Fulani auf meist christliche Ackerbauern.

Kenia

Tote infolge einer Versammlungsauflösung

Am 02.02.14 beendete die Polizei gewaltsam eine Versammlung junger Muslime in der Musa-Moschee in Mombasa. Dabei wurden mindestens zwei Personen getötet, darunter ein Polizist. Mehr als 100 Personen wurden festgenommen. Als Muslime eines der Opfer beerdigen wollten, kam es am 05.02.14 zu einem Zwischenfall, bei dem Muslime eine Person töteten.

Dem kenianischen Geheimdienst National Intelligence Service zufolge sollen in der Musa-Moschee Jugendliche für die somalische Miliz al-Shabaab rekrutiert werden. Der im August 2012 ermordete umstrittene radikale Geistliche Aboud Rogo Mohammed hatte in der Moschee gepredigt (vgl. BN v. 03.09.12).

Südsudan

Zahlreiche Tote bei Angriff auf ein Dorf

Am 06.02.14 kamen bei einem Angriff auf das Dorf Konyang nahe der Stadt Bor im Bundesstaat Jonglei 28 Menschen ums Leben, elf Kinder wurden entführt. Täter sollen nach Augenzeugenberichten nicht Nuer-Rebellen um Riek Machar, sondern Angehörige der Ethnie der Murle unter dem Kommando von David Yau Yau gewesen sein. Dieser führt die South Sudan Democratic Movement/Defense Army (SSDM/A), Cobra Faction. Die SSDM/A hatte erst am 31.01.14 nach mehrmonatigen Verhandlungen in Addis Abeba ein Waffenstillstandsabkommen mit Vertretern der südsudanesischen Regierung unterzeichnet. Nach Angaben von Generalleutnant Malual Ayom Door, der die südsudanesischen Truppen in Jonglei befehligt, hatten Dorfvorsteher vor dem Angriff um Stationierung von Soldaten in und um Konyang zum Schutz des Dorfes gebeten. Die Verlegung von Truppen sei jedoch nicht rechtzeitig erfolgt. Nach dem Angriff flohen Hunderte Zivilisten in die Hauptstadt Bor und in den Bundesstaat Lakes.

David Yau Yau hatte seine Rebellion im Jahr 2010 begonnen, nachdem er nicht ins Parlament des Bundesstaates gewählt worden war. Im Juni 2011 nahm er ein Amnestieangebot der Regierung an und ließ sich und seine Miliz, die aus Angehörigen seiner Ethnie (Murle) besteht, in die südsudanesische Armee integrieren. Im April 2012 desertierte er und kämpft seither wieder gegen die südsudanesische Regierung. Er strebt nach eigenen Angaben die Teilung des Bundesstaates Jonglei an, da die dortigen ethnischen Minderheiten Murle, Anyuak, Kachipo und Jie ihrer Rechte beraubt würden.

Zentralafrikanische Republik/Kamerun

Neue Gewaltakte

Am 03.02.14 wurden nach Polizeiangaben bei Kämpfen zwischen Muslimen und Christen in der Stadt Boda (rund 100 km westlich der Hauptstadt Bangui) mehr als 70 Menschen getötet. Christen, mit Macheten und Gewehren bewaffnet, sollen Muslime angegriffen haben, nachdem muslimische Seleka-Rebellen durch das Gebiet gezogen seien. Berichtet wird auch von Brandstiftung an ca. 30 Häusern

Nach Angaben von Human Rights Watch starben bei Zusammenstößen zwischen Christen und Muslimen am 08./09.02.14 zehn Menschen in der Hauptstadt Bangui.

Lynchmord bei Militärzeremonie

Wenige Minuten nach dem Ende einer Militärzeremonie mit der Übergangspräsidentin Catherine Samba-Panza in der Hauptstadt Bangui töteten Soldaten der Central African Armed Forces (Faca) einen Mann, den sie für einen muslimischen Ex-Rebellen der Seleka hielten, durch Fußtritte, Steinwürfe und Messerstiche.

Flüchtlingsstrom hält an

Nach Angaben von UNHCR fliehen Tausende nach Kamerun, um der Gewalt zu entkommen. Allein seit Ende Januar kamen rund 8.800 Personen in der Stadt Kentzou im Osten Kameruns an. Damit stieg die Zahl der Flüchtlinge seit Beginn der Kämpfe auf über 20.000. Bei den registrierten zentralafrikanischen Flüchtlingen handelt es sich hauptsächlich um muslimische Frauen mit Kindern.

Türkei

Kontrolle des Internets verschärft

Das türkische Parlament nahm am 05.02.14 einen Gesetzesvorschlag der Regierung an, der die Telekommunikations-Aufsichtsbehörde ermächtigt, Internetseiten auch ohne richterlichen Beschluss zu sperren. Behörden sollen zudem das Recht bekommen, das Surfverhalten von Internetnutzern aufzuzeichnen und Nutzerdaten für zwei Jahre zu speichern, ohne die Betroffenen darüber informieren zu müssen.

Die neuen Regelungen sind sehr umstritten, die Opposition wirft der Regierung Zensur vor. Regierungsvertreter erklärten, das Gesetz trage zum besseren Schutz der Jugend und von Persönlichkeitsrechten im Internet bei. Webseiten konnten bereits nach dem bisherigen Internetgesetz relativ einfach gesperrt werden, allerdings war dafür i.d.R. ein Gerichtsbeschluss erforderlich.

Bei Protesten gegen neue Internet-Gesetze kam es in Istanbul am 08.02.14 zu schweren Zusammenstößen zwischen mehreren tausend Demonstranten und den Sicherheitskräften.

Die EU-Kommission bezeichnete das neue Gesetz, das noch von Staatspräsident Gül unterzeichnet werden muss, als mit EU-Standards nicht übereinstimmend.

Bosnien und Herzegowina

Massenproteste in Bosnien-Herzegowina

In Bosnien haben sich die Proteste gegen die Regierung zu den schwersten Unruhen seit Jahren entwickelt. In der Hauptstadt Sarajevo setzten Demonstranten das Präsidentialamt in Brand. Die Polizei habe versucht, die Demonstranten mit einem Wasserwerfer auseinanderzutreiben, berichten Medien. Auch in mehreren anderen Städten wurde an Regierungsgebäuden Feuer gelegt. Tausende lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei, die mit Tränengas, Gummigeschossen und Blendgranaten gegen die Demonstranten vorging. Die Regierung kam zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen und rief die Demonstranten zu Verhandlungen auf.

Auslöser der seit Mittwoch anhaltenden Proteste sind die schlechte Wirtschaftslage und die hohe Arbeitslosigkeit. Bosnien hat mit 27,5 % die höchste Arbeitslosenquote auf dem Balkan. Eine wirtschaftliche Erholung wird dadurch erschwert, dass wirtschaftliche und politische Posten nach einem Quotensystem unter den drei Volksgruppen Serben, Kroaten und Bosniern vergeben werden müssen.

Myanmar

Politische Gefangene

Entgegen einer Ankündigung von Präsident Thein Sein, bis Ende 2013 alle politischen Häftlinge freizulassen, befinden sich nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen weiterhin 55 politische Gefangene in Haft. Auf einer Liste des von der Regierung eingesetzten Political Prisoners Assessment Committee, das politische Gefangene in Myanmars Hafteinrichtungen feststelle, stünden 33 von ihnen. Weitere 22 seien Mitglieder bewaffneter Rebellengruppen. Die Betroffenen seien nicht nur wegen politischer Vergehen, sondern auch wegen krimineller Straftaten verurteilt, was ihre Freilassung erschwere.